

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Heftungshändlern 5 in Klappen erhältlich

Die Kampfliste 3
der antifaschistischen
Einheitsfront ist die Liste der
Kommunistischen Partei

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Verlagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball

9. Jahrgang Dresden, Freitag den 17. Februar 1933 Nummer 35

Ernst Thälmann — unser Spitzenkandidat

Der Führer des deutschen Proletariats führt die kommunistischen Kandidatenlisten in allen drei sächsischen Wahlkreisen. Heraus zum wichtigen Kampf- und Massenbekenntnis für die kommunistische Partei Deutschlands

Dresden, 17. Februar 1933.

Die kommunistische Partei alarmiert die arbeitenden Massen angesichts der täglich schlimmer werdenden Knechtung und Unterdrückung, angesichts der Verfolgung der revolutionären Partei des Proletariats durch die faschistische Diktaturregierung und ruft alle Arbeiter auf zu höchster Wachsamkeit und größter revolutionärer Tatensichtheit. Mit Mut und Kühnheit treten wir Kommunisten auf den Plan, sammeln wir die arbeitenden Massen in proletarischer Kampfeinheit, rufen wir sie zum Kampf.

Gerade im Hinblick auf das gegen unsere Partei geplante Verbot, auf die damit verfolgte Absicht der Profiteilung der Kampfkräfte der Arbeitermassen, erheben wir unter leuchtendem Freiheitbanner, das heute schon als Siegeszeichen über einem Schicksal der Erde weht und scharf immer gewaltigere Massen um dieses rote Banner mit Siegel und Hammer.

Zur Zeichen dieser unserer Offensive entfalten wir auch die stärkste Massenmobilisation für die Liste der Kommunisten bei den am 5. März stattfindenden Reichstagswahlen. Diese unsere Liste, die Liste 3, ist

für die Liste 3

Die Liste der kämpfenden Einheitsfront

im Betrieb und an den Stempelstellen, im Schacht und im Büro, in der Stadt und auf dem Dorfe!

In allen drei sächsischen Wahlkreisen führt die kommunistische Kandidatenliste den Führer des deutschen revolutionären Proletariats, den Genossen Ernst Thälmann. Das zeigt, welche große Bedeutung die kommunistische Partei der Mobilisation für die Liste 3 im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Zweck ihrer gewaltigen Kampfstrategie beizumessen. Darum betrachten die Kommunisten und revolutionären Arbeiter die Kandidatur des Genossen Thälmann auch zugleich als besondere Verpflichtung zur höchsten Kraftanstrengung bei dieser Mobilisation der arbeitenden Massen.

Ernst Thälmann war bereits der Kampfkandidat der Arbeitermassen bei den Reichstagswahlen im März und dann im April 1932. Damals schrieb es bekanntlich aus allen Schloßgassen der SPD-Presse: „Wählt Hindenburg und ihr schlagt Hitler!“ Und tatsächlich wurde — wie die Arbeiter wissen — Hindenburg, der Kandidat der SPD zum Reichspräsidenten gewählt. Und trotz allem, was Hindenburg auch immer tat, er blieb der Herr der SPD-Führer, den der „Vorwärts“ noch einen Tag vor der Bildung der jetzt amtierenden Hitler-Kapenberger-Diktatur als „redlichen Mann“ feierte.

Unter dieser Herrschaft ist die sozialdemokratische Führung in den Tagen der Reichstagswahlen geradezu heiser, um den Arbeitern immer wieder weiszusagen: „Wer Thälmann wählt, hilft Hitler.“

Jetzt, ist Hitler an der Macht, berufen von Hindenburg, dem

Kandidaten der SPD, den diese immer wieder als „Wall gegen den Faschismus“ gepriesen hat.

Die kommunistische Partei proklamierte schon in den Tagen der Reichstagswahl die Losung „Schlagt Hindenburg und Hitler!“ Was die Kommunisten schon damals sagten, hat sich in diesen Tagen immer wieder bestätigt.

Gegenüber jedem neuen Vorstoß der faschistischen Reaktion haben die SPD-Führer kapituliert, haben sie die Arbeitermassen vom Kampfe zurückgehalten, auf Volksentscheid und Stimmzettel verweist und auf diese Weise die immer rückwärtslosere Entfaltung der faschistischen Diktatur begünstigt und unterstützt.

Darum müssen die SPD-Arbeiter jetzt in diesen Tagen denken und jetzt müssen sie sich zu der Erkenntnis durchringen, daß

KPD-Abgeordneter verhaftet

Die bayerische Polizei hat den kommunistischen bayerischen Landtagsabgeordneten Herbert Müller verhaftet. Er wird beschuldigt, sich an einer antifaschistischen Demonstration im Stadtteil Mundenheim beteiligt zu haben. Wir fordern die sofortige Haftentlassung des Genossen Müller und aller verhafteten Arbeiter!

Die Kandidaten der KPD für den Wahlkreis Dresden-Bautzen

an deren Spitze gleichfalls der Genosse Thälmann steht, enthält die folgenden Kampfkandidaturen:

1. Thälmann, Ernst, Transportarbeiter, Hamburg
2. Hädel, Siegfried, Zimmerer, Pirna
3. Gräf, Hugo, Getreidrar, Wittichenau
4. Körner, Olga, Köchin, Dresden
5. Neuhof, Hans, Gauleiter des IV, Dresden
6. Barth, Max, Güterbodenarbeiter, Dresden
7. Hempel, Otto, Schlosser, Freiberg
8. Ebert, Anna, Kramlerin, Kamenz
9. Neufeld, Osmund, Metallarbeiter, Dresden
10. Grunert, Paul, Schlosser, Dresden
11. Schneider, Walter, Bauarbeiter, Kamenz
12. Henrichke, Reinhold, Tischler, Oberseifersdorf
13. Schrapel, Alfred, Oberlehrer, Dresden
14. Kunath, Ottilie, Arbeiterin, Dresden
15. Heig, Walter, Steinarbeiter, Bautzen
16. Krippendorf, Alfred, Steinleger, Dresden
17. Schultze, Erich, Schlosser, Dresden
18. Hübner, Rieck, Hausfrau, Freital
19. Wehner, Martin, Textilarbeiter, Zittau
20. Quasdorff, Elja, Zigarettenarbeiterin, Dresden.

Unsere Kandidatenliste für den Wahlkreis Leipzig

Ernst Thälmann
Fritz Selbmann
Hans Rippenberger
Paul Jäkel
Rudolf Keller

Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau

Ernst Thälmann
Ernst Schneller
Hanna Simmler
Albert Janke
Ernst Grube
Hans Kuchel

Neue Hilfsaktion für die Großagrарarier

Aber keine Aufhebung der Krankenscheingebühr

Berlin, 17. Februar (Eig. Draht.)

Das Reichskabinett hielt gestern eine Sitzung ab über die im amtlichen Bericht gelagert wird, daß Vorlagen über die Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Kriegsversorgung verabschiedet worden seien. Wie dazu verlautet, handelt es sich dabei um die Aufhebung eines Teiles von Rentenrückstellungen für Kriegesbeschädigte, die jedoch nur einem verhältnismäßig geringen Teil der Rentempfänger zugute kommen dürften.

Die von den arbeitenden Massen immer wieder geforderte Aufhebung der Krankenscheingebühr soll jedoch nicht beschlossen worden sein, weil die dadurch aufzubringende Summe zu hoch sei. Einige Blätter berichten, es sei eine Herabsetzung auf die Hälfte — also auf 25 Pfennig — geplant, jedoch liegt darüber noch keine offizielle Bestätigung vor.

In derselben Kabinettsitzung wurde aber gleichzeitig eine neue große Hilfsaktion für die Landwirtschaft behandelt, die vor allem in einer Reihe neuer Zollbefreiungen ihren Ausdruck finden soll. In derselben Richtung liegen die geplanten Stützungsaktionen für den Getreidemarkt, die das Sinken der Getreidepreise verhindern sollen.

Das in den letzten Tagen in der bürgerlich-faschistischen Presse so laut erhabene Geschrei von „Milderungsmassnahmen“ der Hitlerregierung erweist sich jetzt als nichts anderes, als ein Versuch zur Beschwichtigung der auf die Einlösung der tausendfachen Kriegserwartungen pochenden Massen. Diese haben sich auch nicht mit dem „Überabplan“ der Hitlerregierung abzufinden vermocht, sondern sie fragen sich mit Recht:

Braucht es vier Jahre, um zum Beispiel den von Papen verordneten Unterflügelbau rückgängig zu machen, die den Erwerbslosen von Schleicher trotz Wehrheitsbeschlusses des Kabinetts vorenthaltenen Winterhilfe auszus zahlen, die nom

Heberlich berückenden Lebensmittelpreiser und Kohlenhöfen für die Hungernden und Arierenden zu öffnen?

Braucht es vier Jahre, um die Kopfsteuer, die Schlachtksteuer und alle übrigen drückenden Steuerlasten für die Verdienenden aufzuheben, die Pfändungen und Exzessionen von Proletariats, Handwerker und Bauern zu verbieten?

Braucht es vier Jahre, um eine Millionärsteuer einzuführen, die Millionenbäcker und Pensionen in Privatindustrie, Staat und Kommunen radikal herabzusetzen?

Braucht es vier Jahre, die für die Verdienenden unerträglichen Mietpreise abzubauen, die leerstehenden großen Wohnungen der Reichen für die wohnungslosen Proletariatsmassen zur Verfügung zu stellen?

So stehen sich diese Fragen im Hinblick auf die von den Nazis gegebenen Versprechungen beliebig oft wiederholen. Aber keine Antwort wird darauf erteilt.

Natürlich könnte man das alles in vier Jahren machen, aber von dieser Regierung wird dies auch in vier Jahren nicht getan werden, denn das ist eine dem Kapitalismus dienende Regierung.

Wenn sie jetzt „Milderungsmassnahmen“, wie sie oben gekennzeichnet worden sind, anfängt, so nur, um im Hinblick auf den 5. März, also auf die Reichstagswahlen so zu tun, als ob sie etwas täte.

Die arbeitenden Massen werden sich aber nicht täuschen und hinhalten lassen. Schöne Worte machen die Hungernden nicht satt. Dazu gehört Brot. Das und Arbeit ist es, was die Massen brauchen.

Dafür werden sie trotz brutaler Unterdrückung und trotz schlimmsten Terror kämpfen und ihre Kampfbereitschaft äußern sie zugleich mit der aktiven Beteiligung an der Massenmobilisation für Liste 3!

Heraus zur Massendemonstration!

Am Sonntag, dem 19. Februar 1933, marschieren die Dresdner Arbeiterschaft geschlossen in der Antifaschistischen Aktion

Hauptstellplatz: 10.45 Uhr
Feldherrenstraße

Stellplätze der einzelnen Züge: Warthaer Platz 9 Uhr; Ebertplatz 9.30 Uhr; Marienstr. (Ecke Ringstr.) 9.45 Uhr; Leisniger Platz 9 Uhr; Bischofsplatz 9.45 Uhr; Altleuben 8.45 Uhr; Altstriesen 10 Uhr; Fischholplatz 9.30 Uhr

Alle Arbeiterinnen und Arbeiter marschieren geschlossen in der roten Einheitsfront gegen Faschismus, für die KPD, für

Liste 3

Wichtig mit allem Nachdenken und Zaudern gemacht werden muß. Sie müssen daran denken,

Was Ernst Thälmann zu den SPD-Arbeitern in Dresden sagte.

Als er im Sommer vergangenen Jahres vor 80.000 Dresdner Wahlberechtigten sprach, damals zeigte er den SPD-Arbeitern zwei Wege und zwei Konsequenzen:

„Wir fragen Euch, ist es nicht besser, bei den Bolschewiken zu bleiben, die dem Proletariat zur Macht verholfen, als bei der 2. Internationale, aus deren Reihen heute vom Schlag der Clemenceau, Durruti, Billaud, Mussolini und andere Konterrevolutionäre entsprossen sind. Unsere Fahne ist die Fahne des konsequenten Klassenkampfes, die wir gemeinsam mit unseren russischen Arbeitsbrüdern tragen, um den Sozialismus zur Tat werden zu lassen.“

Eingedenk dieser Worte müssen die sozialdemokratischen Arbeiter in proletarischer Kampfesinheit mit uns gegen alle Feinde zusammenstehen.

Die Kommunisten werden, getragen von dem Willen, den Sozialismus zur Tat werden zu lassen, in diesen jetzt bevorstehenden Wahlen, die zu schlimmsten Terrorwahlen gemacht werden sollen, die arbeitenden Massen um unser Kampfbanner sammeln und werden

diese Wahlen zu einem Kampf- und Massenkenntnis für die kommunistische Partei und deren Liste 3 gestalten!

So wurde der Fememordfall Hentsch „untersucht“

Neue, ungeheuerliche Tatsachen über die Methoden der Dresdner Polizei im Polizeiausschuss bekannt geworden.

Dresden, 17. Februar. (Eig. Bericht.)

Der vom Sächsischen Landtag eingeleitete und von den Sachverständigen gemeldete Untersuchungsausschuss vernahm in diesen Tagen zwei Zeugen zum Fememordfall Hentsch. Dabei wurden, wie wir zum Teil gestern bereits berichteten, eine Anzahl ungeheuerliche neue Tatsachen bekannt.

Selbst bürgerliche Zeitungen wie die Berliner Volkszeitung sind gezwungen, folgendes zu berichten:

Bei der Vernehmung des ehemaligen Dresdner Nationalsozialisten Urban, der zuerst der Polizei gegenüber den Verdacht geäußert hat, daß Hentsch vielleicht ermordet sein könnte, wurde festgestellt, wie sich die untersuchten Polizeistellen gegenüber der Anzeige Urbans verhalten haben. Der die Anzeige entgegennehmende Beamte soll nach der Aussage des Zeugen erklärt haben: „Wie können Sie jemanden so schwer verdächtigen. Sie machen sich ja strafbar.“

Stoßes Aufsehen erregte eine weitere Mitteilung des Zeugen, wonach der den Fall behandelnde Kriminalrat Vogel, nachdem er in Gegenwart Urbans den des Mordes verdächtigen Schenk vernommen hatte, sein Amtszimmer unter Aufheben des rechten Armes und mit dem Rufe: „Heil Hitler!“ verlassen hat. Auf die später immer dringlicheren Anzeigen Urbans hat Kriminalrat Vogel diesem geantwortet: „Verlassen Sie sich darauf, Schenk ist ein anständiger Mensch. Er hat mir versichert, daß Hentsch in zehn Tagen wieder da ist.“ Als Urban gegenüber Kriminalrat Vogel weiter seine Behauptung äußerte, daß Hentsch tot sei, sagte dieser:

„Ach, er hat sicher nur irgend etwas ausgelesen, er wird schon wiederkommen.“

Der Zeuge schildert dann vor dem Untersuchungsausschuss, wie er versucht habe, den Abgeordneten Dr. Bennede am Telefon zu erreichen, wie dieser sich aber stets habe verweigern lassen. Abgeordneter von Kiliński habe erklärt, die Sache gehe ihn gar nichts an. Bezüglich für die Praxis der KPD ist es, daß, wie der Zeuge auslegt, die Dresdner Nationalsozialisten seinem Chef gedroht haben, man würde die Firma boykottieren, wenn er Urban weiter beschuldigen würde.

Dieser Bericht bedarf seiner Ergänzung. Die Mörder an dem SA-Mann Hentsch sind inzwischen nach Italien gereist.

Am Sächsischen Landtag wurde zwar die Immunität des Reichsführers Himmler aufgehoben, aber, wie die Kommunisten gleich sagten, ist gegen Bennede nichts geschehen, er ist noch wie vor auf freiem Fuß und wird es bleiben.

Was die Kommunisten über das um Bennedes Immunität von der SPD durchgeführte Mandat gesagt haben, hat sich voll und ganz bewahrheitet.

Hitler diktiert — Lohnraub regiert

Die neue Lohnraubwelle unter der Diktatur Hitler-Papen-Eugenberg muß die geschlossene Kampffront aller Arbeiter schmieden!

Zwei Wochen diktiert Hitler, Papen, Eugenberg. Und schon steht die neue Lohnraubwelle der Kapitalisten ein.

Einen Tag nach der Ernennung Hitlers zum Kanzler haben die Zehnherrn den Vorkampf der Ruhestandsgeplünderten, um die Hungerlöhne noch mehr zu kürzen. Jetzt folgen im ganzen Reich, wie wir bereits laufend berichtet haben, die weiteren Vorstöße der Unternehmer.

Für den oberbayerischen Fischkohlenbergbau ist durch den Unternehmerverband das Urlaubsabkommen zum 31. März gekündigt. Die Forderung der Unternehmer geht dahin, eine Verschlechterung der Urlaubsbedingungen für alle Arbeiter im Kohlenbergbau durchzuführen. So soll der Höchsturlaub von 12 auf 7 Arbeitstage herabgesetzt werden. In den Stellungen nach unten würde ein gleicher Abbau eintreten. Die Kohlenbergbauarbeiter in Bayern würden nach den Forderungen der Unternehmer glatt die Hälfte ihrer bisherigen Urlaubsrechte verlieren.

Nach die bayerischen Zehnherrnkapitalisten sind durch die Ernennung Hitlers ermächtigt worden, einen neuen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse zu machen. In Unternehmerkreisen wird zur Zeit fieberhaft konferiert. Es werden zahlreiche Unternehmervorstöße einleiten, besonders nach dem 5. März.

Und das ist erst der Anfang. Hitlers schändliche Schläge gegen die Arbeiterklasse und die KPD sind für das Kapital das Vorbild für die Stoßschläge auf den Magen. Betriebsarbeiter, wolle ihr noch lange warten? Wollt ihr kämpflich die sozialistischen Ketten hinnehmen, denen noch furchtbarer Hunger folgt?

Schluß mit dem „Abwarten“! Zerreiht die sozialistischen Ketten und ihr zerklüftet auch die neuen Lohnraubpläne! Schließt die Einheitsfront in den Betrieben! Wählt Aktionsausschüsse gegen Faschismus und damit zugleich gegen Lohnraub! Bildet Massenstreikkomitees in den Betrieben!

Wählt die Einheitsliste bei den Betriebsratswahlen und die Liste 3 der KPD, der einzigen antifaunistischen Partei bei den Reichstagswahlen!

Hakt konkrete Kampfbeschlüsse gegen Faschismus!

So lege die proletarische Kampfeseinheit in den Betrieben!

Kämpfende Einheitsfront — Die Antwort auf blutigen Naziterror

Eislebener Arbeiterorganisationen beschließen gemeinsamen Kampf. Zwei verwundete Eislebener Arbeiter ihren grausamen Verletzungen erlegen

Am Mittwochabend trafen in Eisleben Vertreter der Ortsgruppen des KPD und der KSO, der kommunistischen und sozialdemokratischen Ortsleitung, des Industrieverbandes, der „Eisernen Front“ und des Kampfverbandes gegen den Faschismus zusammen. An dieser Besprechung nahmen außerdem noch drei Betriebsräte des Volkswirtschafts sowie der Hansfeld AG und ein Delegierter des Bergarbeiterverbandes, Jobstheils Siegrube, sowie Vertreter der Massenorganisationen, des Komitees wertvoller Frauen usw. teil. Von den insgesamt 30 Delegierten gehörten 18 der SPD an. Auch 6 Frauen waren delegiert.

Die Konferenz beschloß einen Aufruf an die mitte-deutschen Arbeiter mit konkreten Einheitsfrontvorschlägen. Auch am Tage der Verbringung der ihren schweren Verletzungen erlegenen Arbeiter soll die Einheitsfront in Erscheinung treten. Unterzeichnet ist der Aufruf vom KPD-Ortsgruppenleiter Eisleben, KPD-Ortsgruppe, SPD-Ortsgruppe, Ortskomitee der KSO, Industrieverband, „Eiserne Front“, Kampfband gegen den Faschismus.

Selten wohl haben die braunen Terrorbanden so bestialisch gewütet wie bei dem Ueberfall in Eisleben. Von den vielen verwundeten Arbeitern sind jetzt zwei ihren Verletzungen erlegen. Der Bericht der Ärzte über die Todesursache zeigt die ganze unermessliche Bestialität, mit der die braunen Banden wüteten:

Erster Toter:

Schwere Schädelverletzung, Stichwunde, innere Gehirnverletzungen

Zweiter Toter:

Hinterkopf zertrümmert, Spaten- und Beilhiebe, Zahl der Schläge nicht festzustellen, rechtes Schulterblatt, rechter Unterarm, Rücken- und Gesichtsverletzungen, Stiche. Lag seit Sonntag ohne Bewußtsein

Dieser erschütternde Bericht redet eine so ernste Sprache, daß jeder Arbeiter das Gefühl ablesen muß, alle Kräfte einzusetzen, um die kämpfende Einheitsfront fester und unüberwindlicher schmieden zu helfen. So wie die Eislebener Arbeiter sich zum gemeinsamen Kampf zusammenschlossen, so muß die gesamte

deutsche Arbeiterklasse zusammenstehen. Dann wird sie alle Feinde des werktätigen Volkes besiegen und die Macht des Volkstums, des Sozialismus, erringen!

Ein Denunziantenstück der SPD

SPD-Führer liefern Göring den Vorwand zur Hausdurchsuchung im Reichstag.

Am 14. Februar gab der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring der politischen Polizei die Ermächtigung zur Hausdurchsuchung in den Räumen der kommunistischen Reichstagsaktion. Am Abend des 14. Februar fand die Hausdurchsuchung statt, gefunden wurde natürlich nichts.

Aber es muß jedem Arbeiter und Angestellten zur Kenntnis gebracht werden, daß die SPD-Führer dem schändlichen Vorgang den Vorwand zu dieser Hausdurchsuchung geliefert haben.

Der Reichstagsabgeordnete Torgler hatte zum 11. Februar zu einer Besprechung mit Wählern eingeladen. In der Platzausgabe des Vorwärts vom 14. Februar erschien eine Notiz, in der gesagt wurde, im Reichstag solle eine Konferenz über kommunistische Kampftaktik stattfinden. Wörtlich hieß es u. a.:

„An dem Aufruf wird von einer „Konferenz“ gesprochen, auf den Eintrittslisten ist nur noch von einer „Besprechung“ der Vertreter verschiedener Betriebe mit dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler die Rede.“

Jeder Arbeiter und Angestellte kann selbst erkennen, daß diese verlogene Notiz im Vorwärts eine rechtliche Denunziation darstellt. Die SPD-Führer verlangen, daß keine Kritik an ihrem Politik gelbt werden soll. Aber dieselben SPD-Führer, die von einem Nichtangriffspakt reden, lassen sich selbst unter dem schändlichen Regime verlogene Denunziationen gegen die Kommunisten.

SPD-Arbeiter, kann auf eine Kritik solcher Taten verzichtet werden? Soll die kommunistische Presse schreiben, daß das Zentralorgan der SPD in lobenswerter Weise der Politik des Vorwands zu Hausdurchsuchungen im Reichstag geleistet hat? Wir wollen, daß die Arbeiter und Angestellten solche Denunziantenstücke nur mit größter Empörung zur Kenntnis nehmen.

Die antifaunistische Einheitsfront muß zustande kommen. Aber es müssen alle Arbeiter und Angestellten erkennen, daß die SPD-Führer mit ihrer Hege gegen die Kommunisten nur des Zustandekommens der Einheitsfront verhindern wollen. Dies erkennen, heißt die Taktik der SPD-Führer durchkreuzen, die Einheitsfront muß gegen den Willen dieser Saboteure hergestellt werden.

30 KPD-Zeitungen verboten!

Antwortet mit verstärkter Massenwerbung für die revolutionäre Presse, mit verzehnfachter Agitation für die kommunistische Partei Deutschlands, für Liste 3!

Die in Halle erscheinende kommunistische Tageszeitung für Mitteldeutschland, der Klassenkampf, wurde für 4 Wochen, bis zum 15. März einschließlich verboten und zwar wegen des Berichtes über den Verbot von Zeitungen in Eisleben.

Nachdem sich die gesamte kommunistische Presse verboten ist, richtet sich die Verbotswelle nunmehr auch gegen die sozialdemokratische und sogar gegen diejenigen Teile der bürgerlichen Presse, die mit der Harzburger Front nicht durch die und dünn gehen. So wurde gestern vom Berliner Polizeipräsidenten das Illustrierte Tempo bis 23. Februar verboten, weil eine Notiz im Wochenspiegel (1) angelegt sei, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden. Außerdem wurden verboten: Die Arbeiterpolitik des Wandlungsprozesses, das Arbeiter-Echo der Sandbüchsen und die sozialdemokratischen Blätter in Koblenz und Trier.

Nach dem Erlaß des Reichskommissars für Preußen dürfen die verbotenen Zeitungen in Zukunft die Verbotgründe nicht mehr öffentlich bekannt machen. Der Text, mit dem den Verle-

der Zeitung das Verbot mitgeteilt werden darf, wird vom Reichskommissar vorgelesen. Diese Verfügung wurde jedoch nicht amtlich bekanntgegeben, sondern lediglich im persönlichen Briefverkehr der KPD veröffentlicht.

Es häßet die Wirtschaftskrise auf die breiten Massen des werktätigen Volkes drückt, je mehr die Arbeiter einsehen, daß die Hitler-Hugenberg-Papen-Diktatur nicht nur keine Hilfe bringt, sondern im Gegenteil neue Leiden — je mehr sich deshalb die revolutionären Arbeiter ihrer Kraft bewußt werden und den Kampf um die Sicherung der Existenz des Proletariats ernstlich aufnehmen, um so härter werden die Verfolgungen gegen die Führung des Proletariats, die KPD und ihre Presse.

Die Arbeiterklasse muß den Kampf für die Freiheit der revolutionären Presse auf der ganzen Linie verstärken. Nicht Stellung in allen Betrieben und Gewerkschaften! Geht auf den Straßen!

„Meuterei — ein Zeichen innerer Festigung“

Unsere Mitteilungen über die Zerlegung bei den Reichsführer Nazis verurteilt das Dresdner Naziblätchen mit einigen dümmen Bemerkungen abzutun. Es sei alles in schönster Ordnung und die Massenorganisationen wegen „Meuterei“ und „revolutionärer Umtriebe“ seien nur ein Zeichen der inneren Festigkeit der NSDAP. An dem den Nazis eigenen Deutsch wird verächtlich gesagt, die „Meuterei“ und „Revolutionäre“ in der NSDAP seien nur „den großen Zielen des Führers durch eigenmächtiges Vorgehen abträglich.“

Wir hatten in einer der Ausgaben unserer Zeitung, in der wir über die Zerlegung der NSDAP berichteten, auch den Wortschatz vieler Mitglieder aus der Roten Hilfe berichtet. Der Freiheitskampf macht daraus eine „fabelhafte Gegenüberstellung“ und glaubt damit die „revolutionären Umtriebe“ und „Meutereien“ in der NSDAP verurteilt zu haben. Er weiß aber nicht einmal, daß die NS eine überparteiliche Organisation ist. Ebenso wenig braucht ein Reichsdiktator zu wissen, daß nicht der Meuterei dafür verantwortlich ist, was in der Zeitung steht.

Dabei ist dem Freiheitskampf auch noch das Unglück passiert, daß er in derselben Nummer eine gleiche „fabelhafte Gegenüberstellung“ bringt. Es steht dort folgende Notiz:

„Mit dem heutigen Tage enthebt ich den Kom. Herbert Röszinger von seinem Amt als Unterbauführer der Hitlerjugend Dresden und beauftrage mit der Verwaltung des Unterbannes Dresden den Kamerad Martin Ludwig, Dresden, geb. 20. Schlingener, Pannführer Oldschon.“

Nachdem erst der Leiter der NSDAP ausgeschlossen wurde, sind die „revolutionären Umtriebe“ also auch unter den Hauptführern der NS zum Ausdruck gekommen. Mit dümmen Bemerkungen und „fabelhaften Gegenüberstellungen“ kann die Verleumdung und Enttarnung der NS-Proleten über die fälschliche Politik der Nazis nicht hinweggeschwemmt werden. Das will nur dazu beitragen, daß immer breitere Kreise der NSDAP Anhänger den Weg zur roten Einheitsfront finden.

Stuttgarter Arbeiter von Nazi angegriffen

Gestern Abend wurde in der Ehinger Straße ein junger Arbeiter von einem Nazi ins Bein geschossen. Zwei weitere Arbeiter wurden durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt. Die Polizei nahm eine Durchsuchung in verschiedenen Reichsbüroausgaben antifaunistischer Arbeiter vor. Als Protest gegen den Naziangriff haben die Arbeiter einiger Baustellen eine halbe Stunde früher die Arbeitstelle verlassen.

Betriebliche Kampfbeschlüsse

Die Beschlüsse der Braunschwelger Betriebe Minn. gegen Löhner und Fuhrpark haben beschlossen, am Tage der Verbringung der Opfer des Magdeburger Nazibüroausfalls auf das Franzosen-Jugendheim einen Proteststreik durchzuführen.

Die Blutige Str...

Kufare ist... des Landes haben zu bewaffneten K... Wollen verhalten u... lichen Unterdrück... Streik der 4000 E... Betriebe befehligt... griffe der Polizei u... Vand in Aufrufe g... ißbehörden, die na... die Regierungsgew... kommunistisch... senden fordern u... Kollegen, sondern u... Forderungen u... des Verlageru... tritt der Reg... abend hat die Regie... zusammengezogen, i... Städte unzuverlässig... jugendlich sind, C... fachen zwischen de... beiden Seiten meh... bahnerfüllten, die... sam es zu Kien... Val Beschl des W... Wählerngeheim... 14 Frauen, verlegt... Im Laufe des... verbindungen nach... mittels gelang es... Zeit wieder hergest... in Bukarest durch... Die Regierung... gegen die Eisenba... wahren Schluß, u... Regierungstruppe... geht. Nach den d... Armee drei Tote i...

Barri... Wien, 16. 2... beltern und der... mehrere Opfer... hundert Arbeiter... dabei auf den Wild... vernichtendes Feuer... Karzladen und be... fe Steine und an... berten. Erst nach... die Karzladen zu... 5 schwer verletzt... In der Stadt... mütet, daß es heu... der Arbeiter gegen...

Neuer... München, 16... am Mittwoch Koll... eines größeren Mi... lichen Angaben u... Bauer in Brand g...

Michael Tuchmanndra

Da...

(17. Fortsetzung)

Auf dem Tril... Gruben ging, luh... besonders erhalt... denoberschlage gr... Erhöhter mühte m... Stellen abarbeiten... die Steinbrüche i... gänglich entlastet... koste der Abtrons... Episthinski ist... auf dem Gipfel ei... von der steilste... dem Boden zu lein... lade. Ein petroge... die Erde getrieben... Er trat an be... Menschen wimmel... anverren. Die Leu... waren mit der Mi... der geringste Laut... Andree laucht... der Sprengungen... scheinbar sei, daß... erp nicht nichts Beso... et hartnäckig —... brechen und die... diese Hübe zu sel... Aber alles bl... Wohntums öffent... Wählern auf dem... wänge auf dem Ko... Er betraufete auf... lo sah in der Tü... Wein zu sehen wa...

Berstätigte Mittelständler!

Versprach euch nicht Hitler die „Brechung der Finanzmacht“? Wo ist sie?

Versprach euch nicht Hitler die Beseitigung des „raffenden Kapitals“? Was merkt ihr davon?

Versprach euch nicht Hitler die Beseitigung von Steuerdruck? Spürt ihr etwas?

Versprach euch nicht Hitler die Beseitigung der Warenhäuser? Wie geht es nun damit?

Was hatte Hitler in seinem Wahlkampf für den wertvollen Mittelstand übrig?

Dieselben leeren Worte wie die vorhergegangenen Regierungen!

Nutzen euch Hitlers leere Worte?

Nutzen euch Hitlers Reden die Vadenstosen?

Sellen euch Hitlers Versprechungen vor dem Untergang?

Ihr werdet ungeheuerlich getäuscht! Jetzt zieht die Konsequenz! Heraus aus dem Halbkreislager!

Schließt das Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse für die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaf!

Nur der Kommunismus kann euch retten!

Glanzende Beweise proletarischer Solidarität

Die rote Hilfe, Unterbesitz 7, merkt: Für die Hinterbliebenen der Dresdner Todesopfer und Schwerverletzten sammeln die Ortsgruppen:

- Hainberg 25,50; Cunnerdorf 20,20; Kleinnaundorf 19,85; Eghmannsdorf 18,19; Felterweg 24,00; Kletterse 29,58; Wehlig bei Freital 20,80; Rannewitz 75,00; Rabanus letzte 250 Stück Tribunal um; Freital 184,84; Freital, Betrieb Michall 41,30; Freital, Zelle Schacht 9,00; Freital, Betrieb Suhlthütte 12,45; Särtha-Hintergerodorf 27,00 Mark.

Einheitsfront von SPD bis NSDAP für Geschenke an die Industriellen

Neuer 10-Millionen-Kredit für sächsische Industrie vom Landtag übernommen. Die Absetzung der Preußenregierung und Auflösung des Preußenlandtags. Nazi-Tränengasbomben im Landtag

Da es den Nazis unmöglich ist, zu den unzähligen Verprechungen, die Hitler seinen Anhängern gemacht hat, konkret etwas zu sagen, versuchen sie gestern den Landtag zu sprengen, indem sie auf der linken Seite vor der Sitzung Tränengasbomben legen, die aber von den Landtagsdienern noch vor Beginn der Sitzung entbrennt wurden.

Aber auch solche Maßnahmen werden nicht verhindern, daß den wertvollen Kapitalgebern die Augen über die volkfeindliche Politik der NSDAP und der Hitlerregierung geöffnet werden. Die revolutionären Arbeiter werden alles tun, um sie von den Terrorbanden der Bourgeoisie zu lösen und in die kämpferische Einheitsfront des Proletariats einzugliedern.

Nachdem der Zwischenausschuß gewählt wurde, fand eine Beratung über

Bewährung von Krediten an die sächsische Industrie in Höhe von 10 Millionen Mark

zur Beratung. In der Vorlage, unterzeichnet von Schied, heißt es, daß es einem großen Teil der sächsischen Industrie nicht möglich sei, Aufträge auszuführen, weil es an den notwendigen Betriebsmitteln mangelt. Gleichzeitig behauptet Schied, daß sich seit dem Sommer vorigen Jahres eine allgemeine Beschäftigungslosigkeit mit erhöhter Kulturverschwendung bemerkbar mache. Zu gleicher Zeit muß er jedoch zugeben, daß die Arbeitslosigkeit nach wie vor wächst.

In der Diskussion zeigt Genosse Siegel die Widersprüche auf. Es ist der Regierung nicht gelungen, irgendeine

Begründung dafür zu geben, worin der angebliche wirtschaftliche Aufschwung besteht.

Wir sind selbstverständlich dagegen, daß der Sächsische Staat für die Industriellen irgendwelche Kredite übernimmt. Wenn hier erklärt wird, daß man dadurch Arbeit schaffen könne, so weisen wir darauf hin, daß die sächsische Industrie bereits mit diesen Millionen subventioniert wurde und daß in den subventionierten Betrieben nicht einmal die Arbeiterzahl gehalten, sondern weitere Entlassungen vorgenommen wurden. Für die Arbeiterklasse bedeuten solche Kredite nur eine weitere Belastung und keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Die Nazis, die immer von der privaten Unternehmerinitiative reden, sind selbstverständlich für die Gewährung dieser Kredite. Sie reden von der privaten Initiative und hängen sich immer wieder an den Staatsbüdel, um auf Kosten der Arbeiter den bankrotten Kapitalismus zu halten. Wir werden selbstverständlich nicht in dieser Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten mitmarschieren.

Die Vorlage wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Hier zeigt sich erneut, daß bei der Er-

Das „Illustrierte Volksecho“



bringt in seiner neuesten Nummer mit vielen Bildern folgende Abbildungen: Die Schmalzbomben des „Dritten Reiches“; Ohne Sozialismus kein Plan; Wer ist für und wer gegen Versailles?; AG Rode und Habenichtes; Wollproleten und Wollaktionäre; Wintersportplatz Altenberg; dazu die Seiten für Siedler, Funk, Bild der Woche, Rätsel, Ungemütlicher Sachse, Kind usw. Das „Illustrierte Volksecho“ ist bei allen Zeitungsverkäufern und Zeitungsverkaufständen für 15 Pf. zu haben

haltung des kapitalistischen Systems Nazis und Sozialfaschisten in einer Front marschieren.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wird ein sozialdemokratischer Antrag behandelt, der die sofortige Einberufung des Reichsrates vorschlägt.

Einpruch gegen die Auflösung des Preussischen Landtages und die Absetzung der Preußenregierung

fordert. Wegen dieses Verfassungsbruches soll beim Staatsgerichtshof Klage erhoben werden. Höchel begründete mit einem großen Protestschwall diesen Antrag.

Der Ministerpräsident gibt zu dieser Frage eine Erklärung ab, in der hochschalend irgendein Eingreifen der Sächsischen Regierung abgelehnt wird.

Für die kommunistische Fraktion erklärt Gen. Renner, daß solche Anträge keinerlei praktische Bedeutung für den Klassenkampf gegen die faschistische Diktatur haben. Wenn Höchel erklärt, daß die Sozialdemokratie, wenn die Regierung den Boden der Verfassung verläßt, ebenfalls mit denselben Kampfmitteln antworten wird, so ist das nichts anderes als eine Phrase und die Sabotage des praktischen Kampfes gegen die faschistische Diktatur, die heute noch verläßt, ihrer faschistischen Politik ein verfassungsmäßiges Müntelchen und teilweise demokratische Schleier umzuhängen.

Wir haben bereits das Vorgehen am 20. Juli 1932 als Staatsstreich erkannt und vorgeschlagen, den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter dagegen zu organisieren und so wie Kamp und jede andere faschistische Diktatur zum Teufel zu jagen. Aber unser Angebot wurde von der SPD und vom NSDAP abgelehnt und die Arbeiterklasse von ihr vom Kampfe abgehalten. Wäre die Arbeiterklasse damals geschlossen in den Generalstreik getreten, dann wäre der weltweite Vormarsch der Konterrevolution unmöglich gemacht worden.

„Die Matrosen von Cattaro“

Ein Schauspiel in 6 Aufzügen, gespielt vom Kollektiv erwerbsloser Schauspieler, am Freitag, dem 17. Februar, 20 Uhr, in Wagners Kallhaus, Mitten. Eintritt: Erwerbslose 30 Pf., Vorkarbeiter 50 Pf. Zutritt nur gegen Mitgliedsausweis.

faschistischen Wuttempo zu führen. Zu diesem Zweck sind wir bereit, wie wir das schon immer bereit haben, mit jeder Organisation, in der Arbeiter zusammengeschlossen sind, auf dem Boden des konkreten praktischen Kampfes gemeinsam zu kämpfen.

Zum ersten Male seit langer Zeit sagte auch die Kontraktion wieder einmal ein Wort. Studentenkomitee redete im Stile der bekannten Hitlerreden, ohne ein Wort über die konkrete Politik der Regierung sagen zu können.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag von der Mehrheit abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, dem 26. Februar, 13 Uhr, statt.

Schamlose Rußlandheke der Bürgerpresse

Eine der größten Giftküchen im Kampf gegen die Sowjetunion ist die Redaktion der Dresdner Neuesten Nachrichten. Wir mühten uns schon vielfach getraut mit dieser Zeitung und ihrer bedenklichen Heke gegen die Sowjetunion befaßt. Während die rechtsgerichteten Blätter wie die Dresdner Nachrichten, Freiheitskampf usw. plump und froh darauflosgehen, versuchen es die Dresdner Neuesten Nachrichten meist mit getarnten Berichten. Vieles fällt diese Zeitung dabei aus der Kasse. Die hinter ihr stehenden Interzendenten verlangen diese Heke. Da sich die Leiter der Dresdner Neuesten Nachrichten meist aus feindbürgerlichen Gruppen zusammensetzen, ist die Redaktion zur Farnung gezwungen. Zu viel Väter hat sie schon abgeben müssen, die eine als plump, die nicht mehr mitmachen würden. Panikschrei aber, wenn ihre Aufsätze in der Zeitung, fällt ihre Heke wieder etwas plumper aus. Das zeigen ihre neuesten Produkte. Dort beginnt es in der Dienststagnation mit einem Zweipolster, überföhren: „Stalins Haus — 100 Millionen Menschen spüren die verhängte Diktatur!“ Dann geht es los:

„Die Bevölkerung der Sowjetunion steht sich zu Beginn des recht veranschaulichten zweiten Fünfjahresplanes der Herrschaft eines so russischsten politischen Truds gegenüber, daß die Methoden der letzten schmerz Jahre im Verhältnis dazu geradezu als mild erscheinen werden.“

Schon diese Einleitung enthält den Zweck. Sie wagen vom verdamnten Fünfjahresplan zu reden, in einem Moment, in dem selbst bürgerliche Wirtschaftspolitiker zugeben müssen, daß der erste Fünfjahresplan bereits in vier Jahren erfüllt worden ist. Durch den ganzen Artikel zieht sich dann wie ein roter Faden das Bestreben, durch Schauererzählungen von „Verfälschung der Diktatur und weitgehender Anwendung der Lohnstrafe und Waffenerbaltungen“ Sowjetrußland und die proletarische Diktatur vor ihren feindbürgerlichen Lesern zu distanzieren.

Sie verheimlichen selbstverständlich, daß es sich bei dem Kampf um härtere Maßnahmen gegen die Saboteure an der Wirtschaftsführung handelt. So wird der Artikel zur Hilfsstellung für die Kulaken und Reste der Bourgeoisie, die sich dem sozialistischen Aufbau in Sowjetrußland widersetzen. Um nun glaubhafter zu machen und die Dinge so darzustellen zu können, als ob es sich um eine Diktatur gegen die gesamte Bevölkerung handele, schreiben sie am Schluß:

„Der Widerstand gegenwärtiger Elemente gegen die Sowjet-herrschaft hat ihre seit vielen Jahren verzweifelte und härteste

Form angenommen. Die Antwort des Kremls auf all diese Gefahren ist unerbittliche Gewalt und offene Blutherrschaft der gesamten Bevölkerung.“

Natürlich existiert der verzweifelte Widerstand großer Kreise nur in der Phantasie des Verfassers dieses Produktes. Aber der Zweck heiligt bei ihnen die Mittel.

Ihre Heke wird aber noch toller. Auf einer anderen Seite derselben Nummer lesen sie sich direkt von Moskau durch Detektivs Untiefen über folgende Meldung haben:

„Eine weitere Kuban-Ordnung verbannt. Die Bevölkerung einer weiteren Ortschaft im Kubangebiet (Nordkaukasus) ist zwangsweise nach dem Norden gebracht worden. Wie gemeldet, war erst vor wenigen Tagen die gesamte Einwohnerzahl von drei Bezirken des Kubanbezirks zwangsweise nach dem Norden Kurlands gebracht worden. Jetzt sind ihnen 1200 Bewohner der Ortschaft Imanfaja nachgerastet worden, denen Saboteure und gegenrevolutionäre Tätigkeit zur Last gelegt werden.“

Die Kottower Zeitungen erklären weiter, daß nur die Bewohner von Imanfaja ihren Wohnsitz beibehalten dürfen, die während des russischen Bürgerkrieges, tätig am Kampf gegen die Klassenfeinde und gegen die Kulaken“ teilgenommen hätten.“

Sozial Worte — sozial Lügen! Wer glaubt heute noch an solche Zusammenhänge? Glaubst du, daß die Heke, die nach der glänzenden Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes keine Väter mit solchen Wädhern weiterhin vertriebt werden können? Schämt er seine Leiter wirklich für so laubdumm ein, daß sie solchen Müll noch glauben würden? Heute steht jeder Werttätige, daß in der Sowjetunion die Erwerbslosigkeit flouidiert ist, die Produktion steigt, immer neue Betriebe eröffnet, Hunderttausende von Wohnungen jährlich neu erbaut werden und neue Städte aus der Erde wachsen.

Die Herren in den bürgerlichen Redaktionsstuben sind großzügig — d. h. nur im Lügen. Wir wollen aber nun einmal dem von den DNR emittierten „Schreckenregiment in Rußland“ das

Schreckenregiment in Deutschland

gegenüberstellen. Die DNR, die so gerne in die Ferne schweifen, bringen in der Nummer vom 25. Januar d. J. folgenden Artikel:

„Winter in Zelt und Eiertüte — 35 000 Familien in Zelten und Bretterbuden rings um Berlin“

In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Eigenheim“ aus sechs Eiertüten und einer Kalle Papp.

In einem Gemwimmel von Bretterbuden und Hütten haufen die Vermissten. Unaußhaltbar wächst die Zahl der Siedler, die sich auf drei oder vier Quadratmeter denkbar primitiv einrichten. Wie brauchen im Febr., so haben diese arbeitslosen Männer jetzt wieder die Fähigkeit gefunden, in Schnee und Regen über Nacht eine Hütte zusammenzusammern, die, wenn sie auch nicht geheizt ist — denn dazu reicht die Unterstützung nicht aus — doch die Verdrängung ausfüllt, die der Mensch hat, wenn er aus dem Schneefeld unter ein schützendes Dach kommt. Die Verhältnisse sind freilich trostlos. Was will ein Dach über dem Kopf schon bedeuten, wenn an den Wänden das Wasser herabrinnt. Da sind Baden aus Eiertüten mit der billigsten Papp beklebt; Hütten, die roh und unversputzt drei- und vierköpfige Familien bergen; Lauben, in denen auf drei- und vierköpfige Familien drei Erwachsene haufen; Baracken, in denen neben den Betten allenfalls noch ein kleiner Hund oder Kuchenhof steht, der die bitterste Kälte wohl vertreibt, aber die Menschen in keinem Augenblick vergessen läßt, daß es Winter ist. In unheizbaren Baracken quälen sich Menschen, die einmal mehrere Tage e-leben haben, Tage der Arbeit.“

„In das in Rußland? Neja, in Deutschland, in „unserem Vaterland“, wo tausend und aber tausend Wohnungen, Villen und Villen herbeibringen. Wo 35 000 Familien allein nur um Berlin in elenden Baracken hungern, frieren und umkommen, wo es acht Millionen Erwerbslose gibt, wo Löhne und Unterstützung abgebaut werden. Die bürgerliche Pressejournaliste aber wagt es, den hungernden Werttätigen Deutschlands, Eigenmeldungen über die Sowjetunion am laufenden Band vorzulesen.“

Aber der Schwindel wirkt nicht mehr. Das Proletariat Deutschlands weiß, was es zu tun hat.

Jeder Erwerbslose, Arbeiter und Angehörige muß aber das seine Vechre ziehen, und die bürgerliche Presse, vom Feindkämpfer über die DNR bis zur Volkspresse, aus dem Kampf

werfen. Nur die Arbeiterstimme vertritt die Interessen der Werttätigen!

Zeit der Arbeiterstimme! Normiert euch in der Antifaschistischen Aktion unter Führung der KPD! Marschiert unter unseren Fahnen gegen Faschismus und Hunger, für den Sozialismus!

Im Gemeindepalast Neutralität

Statt Erwerbslosenhilfe — Dittterrede im Lautsprecher

(Arbeiterkorrespondenz 1283)

Den Gipfel der größten Frechheit erlaubten sich hier die Nazis mit Unterstützung der Bürgerlichen in der am 10. d. M. hier stattgefundenen Gemeindepalastversammlung. Der Konjunkturpolitiker Dr. Alieger stellte den Antrag, die Rede des Reichskanzlers vom 20.30 bis 21.45 Uhr durch Radio anzuhören und die Sitzung für diese Zeit zu unterbrechen. Gegen die Stimmen anderer Fraktionen und der SPD wurde der Antrag angenommen und Punkt 20.30 Uhr brachten die Jünger des Heils das politische Vermittlungsinstrument in den Sitzungssaal geschleppt. Nachst die bereits wegen nicht vorhandener Mittel abgelehnten und verschleppten Winterhilfsanträge der Erwerbslosen nun, nochmals eingehend durchzusprechen, hielt es die Rechte für notwendiger die Kanzlerrede anzuhören.

Im Verlauf der weiteren Sitzung gab es sehr erregte Debatten, als der Bau der Oh- und Raupner Straße seine Behandlung fand. Diesen Bau gedenkt man im Wege der Pflichtarbeit und des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuführen, wobei der bekannte Lautsprecher Stiglich (Rechte) seine „Arbeiterfreundlichkeit“ zeigte. Unsere Genossen zeigten hier klar und deutlich die Linie der KPD, wie wir zu diesen Arbeiten (Pflicht- und freiwilligen Arbeitsdienst) stehen, ebenso bei Behandlung der geplanten Kapazitätsfragen gaben unsere Genossen eine ausführliche Erklärung ab. Da bei der Wohnungsbeschaffungsfrage Genosse Sauer klar und eindeutig auf eventuelle ungehörige Mittel hinwies, brachte die SPD es fertig zu erklären, daß sie diese Mittel ablehnen und zeigen hierbei wieder ihre Vertatlosigkeit an den Proleten. Der öffentlichen Sitzung folgte eine Dunkelkammer Sitzung.

ge entlarbt
Wollen erachtet
in fetter Schrift
die ausführlich gel
mmunistischen Klerik
stellen, daß die Reim
nen dringenden Bes
abe, der „der Toten
dunklen Dämlich
hat und in der K
mit einem Wort
Nebelwolke“
aufhebung, der Nazi
en, obwohl vom er
Püge war, mit die
Hohen Kollator, be
theiligt die Kapital
gegen Arbeiter aus
geschlossenen Gegen
menschenlichen, Sch
hub.
en streifen
zur (Fig. Drobbe
Kappmann in Haus
genarbeiterinnen
raub,
Cheater
wünscht
Kinder
Kommunisten, wie
ist sein kann
Broschüre
D. Alexander,
burg, Erika
in Mannheim
am-Laster
In „Petri Mall“
So. 2. 7. 9 Uhr
Fell - Färberei
Rehboldstr. 21
TRUM
traße, Tel. 14700
nnisse
Kuchen
anstellen
1 Stück
5 Pf.
7 Pf.
7 Pf.
8 Pf.
8 Pf.
8 Pf.
8 Pf.
8 Pf.
8 Pf.
50 Pf.
5 Pf.
8 Pf.
30 Pf.
MVEREIN
S

Achtung, Provokateure am Werk!

Seid wachsam!

In ihrem glühenden Haß gegen die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere gegen die kommunistische Partei, ist den Agenten des faschistischen Systems kein Mittel schlecht, keine Methode zu schamlos, um "Material" zur Verboresung zu sammeln.

Ein ganzes Heer von Spionen und Provokateuren ist berufsmäßig, Tag und Nacht, tätig, um "Material" für die Schublade der faschistischen Diktaturregierung zu beschaffen. Der von der Bourgeoisie entseelte Chauvinismus, als wichtigste ideologische Voraussetzung des Faschismus, braucht neuen Auftrieb. Ihn mit der schärfsten Waffe gegen die KPD zu verbinden, ist eines ihrer notwendigsten Mittel, die verhängnisvolle Ausbreitung des weltweiten Völkens zu verhindern.

Provokateure bemühen sich um jeden Preis, die kommunistische Partei des Landesverrats zu beschuldigen, um sie bei den Massen zu diskreditieren.

Es ist deshalb kein Zufall, daß sich in letzter Zeit immer häufiger Agenten schriftlich und mündlich an Arbeiter heranzumachen, die als kommunistische Funktionäre bekannt sind oder von denen man das vermutet, um sie unter verlockenden Versprechungen für den imperialistischen Spionagedienst zu fähren. Aber diese schamlosen Methoden der internationalen Bourgeoisie sind oft genug vor der gesamten Öffentlichkeit angeprangert worden. Die Namen Proke, Canaries sind noch in lebhafter Erinnerung, so daß es jedem revolutionären Arbeiter sofort möglich ist, diese dunklen Nachenschaften zu durchschauen und zu durchkreuzen und jeden Agentenprovokateur dieser Sorte gebührend in die Flucht zu schlagen.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit sollen diese infamen Provokateurmethoden charakterisieren und zur allgemeinen Warnung dienen.

Am 7. 12. 32 erhielt der Arbeiter K. in einer sächsischen Stadt einen Brief aus Prag, in dem ihm angeboten wurde, gegen eine Provision von 20 bis 25 Prozent und ferner eine geschäftliche Vertretung in der Umgebung Dresdens zu übernehmen. Vier Wochen später, am 7. 1. 33 wurde K. per Einschreiben eine Einladung zu einer geschäftlichen Aussprache in Jinnwald, an der tschechischen Grenze und 40 Kronen Reisegeld zugesandt. K. erstreckt über die in Aussicht gestellte Arbeitsmöglichkeit, kam dieser Einladung nach. Dort forderte man von ihm "Informationen" über alle möglichen militärischen Nachenschaften der deutschen Bourgeoisie. Jetzt wußte K., mit wem er es zu tun hatte und lehnte kategorisch jegliche weiteren Beziehungen ab unter gleichzeitiger Meldung an die Parteileitung über dieses betrügerische "Geschäft".

Ein anderes Beispiel: Einem Funktionär in Westdeutschland

ging folgender Brief aus Luxemburg zu. Wir geben ihn wörtlich wieder:

Ludwig Keller
Stadt Luxemburg
Bahnhofstr. 10
Vermittlungen aller Art.

Luxemburg, den 27. 12. 32.

Wetterer Herr!

Auf Anwegen bin ich auf Ihre Adresse gekommen und habe über Ihre Persönlichkeit unter vielen anderen erfahren, daß Sie Vater von 7 Kindern sind und dabei, wie auch ganz selbstverständlich, in sekundären Schwierigkeiten sind. Auch weiß ich, daß Sie vor einiger Zeit in Trier waren, wobei Sie Josef Bleamier gefannt haben. Das heißt, nach glänzenden Beziehungen zur Familie sind Sie mit Bleamier selbst in unangenehme Berührung gekommen.

Doch dies alles nur, um Ihnen zu sagen, daß ich wohl weiß, an wen ich mich adreßierte. Glauben Sie nicht, daß ich Ihre Verhältnisse mißbrauchen wollte, mein Zweck ist im Gegenteil ein ganz anderer. Ich will Ihnen dazu helfen, Geld zu verdienen, denn ich glaube, daß Sie der von mir gesuchte Mann sind.

Ich suche nämlich in Deutschland Mitarbeiter, welche durch eigenes Können ihre Beziehungen und Disposition fähig sind, an einem wirtschaftlichen und politischen Informationsdienst mitzuarbeiten. Die Bezahlung erfolgt je nach gelieferten Informationen und dem persönlichen Wert des Mitarbeiters. Da ich in dieser Hinsicht über Ihre Arbeitsmöglichkeiten nicht genau informiert bin, so kann ich bis jetzt nur sagen, daß gewisse geeignete Personen bis zu einigen tausend Mark monatlich verdienen. Ich hoffe bestimmt, daß wir noch einla werden. Ich bitte Sie nur, mir zu schreiben, was Sie über meinen Vorschlag denken und von meinem Brief mit niemandem zu sprechen, selbst wenn Sie nicht auf meinen Vorschlag eingehen. Es ist dies übrigens auch in Ihrem Interesse. Alles weitere werden wir dann gemeinsam beschließen, wenn Sie mir Ihren

Heraus zur Kundgebung!

gegen den imperialistischen Keil

für den Schutz der Sowjetunion

am 21. Februar, 20 Uhr, im Reglerheim. Es spricht Fritz Lange, Leipzig. Vizevorsitzender Friedrichst. - Komitee - Reglerheim. Aufsehenbeitrag 20 Pfennig. Antifaschistisches Kampfkomitee.

Die proletarische Jugend von Pirna marschiert gegen den Faschismus

Am Sonnabend, dem 11. Februar, veranstaltete der KJB von Pirna eine Jugenddemonstration gegen die Hitlerregierung. Ein Zug von circa 120 Jungarbeitern, darunter Jugendgenossen aus dem KJB, formierte sich um 17 Uhr, um durch die Straßen von Pirna zu marschieren. Die Erkenntnis, daß unsere Jugend ein entscheidender Faktor in der Pirnaer Arbeiterbewegung ist, zwang unsere Polizei, daß sie 10 Mann Begleitung mitschickte. Trotz verschiedener Provokationen verlief die Demonstration, dank der Disziplin unserer Genossen, reibungslos. Die Straßen waren dicht von der erwachsenen Arbeiterkraft, welche uns mit "Rot-Front"-Rufen begrüßte. Auf dem Marktplatz versammelten sich 1500 Menschen. In kurzen Worten prangerte ein Jugendgenosse das bestehende System an und forderte die absetzende Jungarbeiterfront auf, sich in die revolutionäre Front einzureihen. Diese Demonstration hinterließ den Eindruck der Bereitschaft des Jugendproletariats im Kampf für die proletarische Revolution.

Pirnaer Polizei verhaftet Jungkommunisten

Die Pirnaer Polizei gab wieder einmal ein glänzendes Beispiel. Am Donnerstag, dem 9. Februar, 23 Uhr, kamen zwanzig Genossen des KJB von dem Betrieb Küttner, wo sie die Junge Garde verfaulten, in voller Ruhe und Ordnung auf dem Bürgerfeld anmarschieren. Am Volkshaus lösten wir auf. Ede wir auseinander gingen, wurden noch einige Bekanntmachungen herausgegeben. Auf einmal erschienen zwei Schaulose. Der unter der Pirnaer Arbeiterfront wohlbelannte Volyst Schidel war auch dabei. Er erklärte uns, Demonstrationen ohne Anmeldung sei verboten. Er wollte den Namen des Führers wissen, worauf unsere Genossen antworteten, wir brauchen keinen Führer. Daraufhin mußten wir alle mit zur Wache. Schon unterwegs verlor Schidel einzelne Genossen zu provozieren. Doch mit kalter Verachtung ließen unsere Genossen diesen Kommunistenreißer laufen. Die wachhabenden Beamten haben nicht besonders freudig aus, als unsere uniformierten Jugendgenossen in der Wache erschienen. Als ersten riefen sie unseren Genossen P. vor, um von ihm seine Personalien zu erhalten. Er wollte jedoch erst wissen, warum. Ohne noch ein Wort zu sagen, wurde unser Genosse von Herrn Schidel gewalttätig in ein anderes Zimmer befördert. Wie liehen sofort einen Proteststurm von Stapel, und er wurde auch gleich darauf wieder zu uns gelassen. Nach der Aufnahme sämtlicher Personalien verlor die Polizei unseren Führer herauszubekommen. Da antworteten einige Genossen: "Nennst du unser Führer!" Durch die harte Schweißarbeit unserer Genossen war die Polizei machtlos geworden, und sie hing an unsere Sachen zu durchsuchen. Doch das war ergebnislos. Endlich entließ uns die Polizei. Wir verabchiedeten uns mit fröhlichen "Rot-Front"-Rufen. Genossen, dieser Vorfall läßt erkennen, wie die Diener dieses Systems die revolutionäre Jugend vom Kampf abzuhalten versuchen. Wie rufen ihnen aber zu, tret euch nicht, ihr Herren, die Jugend steht aktiv im Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung!

Gemeinsamer Aufmarsch in Königstein

Die Eisener Front hatte zu einer Demonstration für den 7. Februar gegen die Hitlerregierung, Volkseiter und Mordfaschismus aufgerufen. Die KPD hatte sich dieser Demonstration mit ihren revolutionären Massenorganisationen angeschlossen. Die Demonstration zählte ungefähr 700 Teilnehmer. Hier wurde den sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt, daß es die kommunistischen Arbeiter mit der Bildung der Einheitsfront ernst meinen. Nun gilt es aber auch im Kampf zusammenzuleben. SPD-Arbeiter, wie werden nicht nur gemeinsam demonstrieren, auch unser aktiver Kampf gegen den Faschismus muß in geschlossener zoter Einheitsfront energisch in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen geführt werden. Darauf kommt es an.

Versteigerungswahn im sächsischen Deutschland

Im Jahre 1932 berichtet der bürgerliche Generalanwayer von Wuppertal aus einem Kreise der Provinz Hannover. Es wird dort berichtet, mit welchen faschistischen Methoden ein Ge-

richtungsleiter mit kleinen Geldern umsprang. Die Abrechnung eines Gerichtsvollziehers an den Landrat eines Kreises lautet:

An den Herrn Landrat . . . mit 9 Anlagen ergebendst überreicht.

Die öffentl. Versteiger. der 7 Hüner d. P. B. brachte	670 Mk.
P. B. hat zu zahlen für Steuerhuld	645 Mk.
Händlungsgebühr auf d. Pfändungsbeschl.	0,80 Mk.
vom 24. 4. 1932	2,20 Mk.
Annoncen u. Versteigerungsgebühr	4,00 Mk.
Abholen der gepfändeten 7 Hüner	4,00 Mk.
Annoncen und Versteigerungsgebühr	2,00 Mk.
Zusammen	16,05 Mk.

Abzüglich des Gesamttöles 670 Mk.
Rechtschuld bleibt 9,38 Mk.
gez. Unterschrift Kr.-Vollziehungsbeamter.

Obiges Beispiel zeigt, daß sich die Kleinsauern, Pächter und Siedler durch Massenmobilisation gegen diese faschistischen Methoden zur Wehr setzen müssen.

SAJ für Wehrpflicht?

Darüber spricht am Freitag, dem 17. Februar, der Führer der sächsischen Jungkommunisten, 19.30 Uhr, im Eldorado. SAJler, Junggewerkschafter, Jungbanneckeramader und Jungsporler! Jetzt euren Kampfeowillen gegen Faschisierung und Militarisierung der werktätigen Jugend! Kommt alle in unsere Versammlung. KJB, UB Dresden.

Nazis retten Korruptionsgehälter

Schandtatn über Schandtatn haben die Nazi-Bonzen begangen. Ihre Stimmen waren immer Stimmen gegen die werktätige Bevölkerung. Diese Schandtatn prangern wir an! Bei der Beratung des Etats im Dresdner Stadtparlament forderte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion die Begrenzung der Höchstgehälter des Rates auf 6000 Mark jährlich. Sagt selber, ob diese Forderung gerechtfertigt ist oder nicht?

Aber was taten die Nazi-Stadtverordneten?

Die Nazi-Stadtverordneten sind nicht gegen Korruptionsgehälter. Sie sind vielmehr dafür, den Bonzen alles zu geben, während ihr hungert. Die Nazi-Bonzen haben den kommunistischen Antrag niedergestimmt, zusammen mit der SPD. Da habt ihr das wahre Gesicht des braunen Demagogengesindels! Die Stimmen der Nazis sind immer Stimmen für Korruptionsgehälter einerseits und das Weiterbestehen des Elends andererseits. Und dieses braune Demagogengesindel, das in solcher Art harinäckig sich für die Weiterzahlung der Riesengehälter einsetzt, will als Nutznießer in die Amtlichkeit kriechen.

Gebt diesen Betrügnern am 5. März eure Antwort!

Wählt Kommunisten Liste 3

Entschluß mitgeteilt haben. In der Hoffnung auf eine baldige Antwort verbleibe ich

hochachtungsvoll

Keller."

Daß dieser Herr Keller eine große Aktivität entfaltet, ergibt sich aus der Tatsache, daß er sich mit einem Schreiben ähnlichen Inhaltes am 11. 1. 33 auch an einen anderen Arbeiter in einer anderen weßlichen Stadt wandte.

Ein in Berlin anfähiger Arbeiter hielt sich im September-Oktober vorigen Jahres zu Besuch bei seiner Schwester in Rostock im polnischen Korridor auf. Einige Tage vor seiner Rückkehr wurde er von zwei ihm unbekanntem Leuten bejucht. Sie baten ihn nach seiner Rückkehr nach Berlin, ausstehende Gelder bei einem Berliner Kunden für sie einzutreiben bzw. sich darum zu bemühen. Genauere Unterlagen würde er bei einer neuen Zusammenkunft erhalten. Diese fand wenige Tage später in einem Koniker Lokal statt. Nur einer von den beiden Unbekanntem erschien hierzu. Dieser ging ohne Umschweife auf sein Ziel los und gab sich als Spionageagent zu erkennen. Er forderte den Arbeiter auf, für ihn in Berlin zu arbeiten. Auch er sollte militärisches Material beschaffen. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel würden ihm nach Hause geschickt werden. Briefe, die der Arbeiter nach seiner Rückkehr erhielt und in denen er zur "Arbeit" ermahnt wurde, kamen nicht aus dem polnischen Gebiet, sondern aus Berlin-Mariendorf.

In Leipzig trieb sich in letzter Zeit ein solcher Agent in den Arbeiterkreisen herum und versuchte sich, an revolutionäre Arbeiter heranzumachen. Als ihm der Boden zu heiß wurde, verschwand er plötzlich spurlos.

Es ist selbstverständlich, daß kein revolutionärer Arbeiter diese Umtriebe dunkelster Provokateure und imperialistischer Spionageagenten in irgendeiner Weise unterstützt. In jedem Fall ist bei solchen Erscheinungen, wie wir sie hier schilderten, auch bei dem geringsten Verdacht in dieser Richtung, der zuständigen Parteileitung sofort Mitteilung zu machen. Es müssen alle Maßnahmen eingeleitet werden, diese Halunken und Provokateure zu fassen und sie so zu bestrafen, daß ihnen ihr Handwerk für alle Zukunft gelegt werden kann. Schützt eure Partei, Seid wachsam und macht alle Anstrengungen des Gegners zunichte, die Partei zu schädigen.

Der Kampf der Genossenschaftsopposition in Baugen

(Arbeiterkorrespondenz 1279)

Die Genossenschaftsopposition hatte in einem "Offenen Brief" zu dem Vergleichsvorschlag der Bürokraten Stellung genommen. Sie legte in aller Kürze den Sparern und Mitgliedern des Wareneinkaufvereins Baugen die Sachlage klar und legte die Hintergründe auf, welche die Konjombanden veranlaßt hatten, einen zweiten Vergleichsvorschlag zu machen.

Die Konjombanden, die sofort die Gefahr erkannten, daß ihr Tauschungsmandat durchkreuzt werden könnte, liehen sich nicht ein Rundschreiben los. Darin werden wir als "Heißlinge" beschimpft und sollen im "Solde gewisser Personen" stehen.

Dieser erklären wir allen Mitgliedern des Konjombandes: Die Genossenschaftsopposition umjagt nur Genossenschaftler, die den ehrlichen Willen haben, den Konjum auf sozialistische Grundlage zurückzuführen, jegliche Krümerpolitik auszuschalten und vor allem die verantwortlichen Personen, die den Zusammenbruch des Baugener Konjums verschuldet haben, zur Rechenschaft zu ziehen und zu entfernen. Daß dies der Clique um Wittig nicht angenehm ist, ist leicht verständlich. Darum verdächtigen sie uns, daß wir unsere Aufklärungsarbeit, die wir im Interesse der Mitglieder leisten, von "gewissen Personen" bejhalten liehen. Sie möchten uns das unterleben, was sie selbst getan haben. Ihre Beauftragten zum Unterjuchensammeln L. E. erhielten die Bejahlung. Der Vorwurf "Heißlinge" kann uns nicht treffen. Die Vertreter der Genossenschaftsopposition haben in allen Genossenschaftsversammlungen gesprochen. Die Wittig und Konjorten möchten nur unsere Namen wissen, damit sie die Träger derselben mundtot und rechtlos machen können, und zwar zum geringen Tische aus. In offener Versammlung vor den Mitgliedern sind sie zu feig.

In ihrem Rundschreiben behaupten sie dann, daß sie aus Reinlichkeitsgründen auf den Inhalt unseres Offenen Briefes nicht eingehen könnten. Es ist lächerlich, wenn sich die Wittig und Konjorten als Reinlichkeitsfanatiker aufspielen und gleichzeitig in einer Schmutzhöhle überlittert Art Wurzelbäume schlagen. Sie appellieren an die Mitglieder, das wieder aufzubauen, was die unfähige Konjefratte, eine Handvoll Sozialdemokraten, zerstört haben. Es sind dieselben Leute, die einmal Partei und Genossenschaft zu allen Teufeln wünschen werden, wenn sie ihre gutbezahlten Posten verlieren werden. Es sind die Schmarotzer, die Hemmkluft der Arbeiterbewegung, und die wagen es, von "Reinlichkeit" zu schwatzen.

Mitglieder des Baugener Wareneinkaufvereins! Seht euch die Wittig und Konjorten an, die wie der Teufel um eine Seele um ihren gutbezahlten Posten kämpfen. Erkennt endlich, daß erst die Leute entfernt werden müssen, die ihr selbst nicht bestrafen oder gemöhnt habt, die sich aber anmachen, euch Verfallenen zu machen zu können, wenn die Genossenschaft tatsächlich wieder gefunden soll. Schließt euch den Forderungen der Genossenschaftsopposition an und wählt am 5. März Konjombanden, Liste 3!

Genossenschaftsopposition im Wareneinkaufverein zu Baugen.

Für

Die Belegkassen der Straßenbahn der Vorbereitungskomitees, die ich finden, schon im kommenden. Auf Freilage wurde ein von 29 Kollegen allen 12 Wahlfreigewerkschaftlichen Kollegen, Partei Mitglieder in 12 Wahlbelegkassen.

Der Wahlwendigen Wahlkassen. Die Vorprogramm zum hatten werden Programm Stelle die Kandidaten schlage wurden beiläufige zusammenheben, die nach tarischen Einheits kandidieren geme Am 12. Feb Betriebsoberjamm

Da

- Das die Kon
1. Kampf um d
 2. Für Wiederw
 3. Für die Fre
 4. Gegen jeden
 5. Für den St
 6. Gegen die I
 7. Für die Vert
 8. Gegen den V
 9. Gegen die A
 10. Gegen freim
- löhne und be

Betrü

Wie vor jed

Genossenschaftsführer und Kritik von ihrem schändlichen. Eine für bedauert brenne

Die Gewerkschaftsvereinbarung getragt. Für die ungleichheiten?

Betriebsrä

Freitag, de

Strake 15.

Tagesordn

für die Ar

listen?

Wie Raub

Opposition

Am Montag

den, im „9

tionärein

vorhand

bei der pol

tionstrauen

Alle oppositionell

teil.

und liehen nicht

berte Urabstimm

Diese Stellung

wo die Reichssta

rätewohl in wen

sozialdemokratisch

Sie haben die 1

Arbeitszeit von

logar in diesem

le bisher mit a

jekt auf einmal

Es ist selbst

refktion verjährt

berung der toten

lequenzen zur

dem Betriebsrat

gegen die Verb

wenden habe, we

bedinglichen sollte.

Betriebsräte auf

icht kurz vor der

kerie sind. Doch

klauen und dore

ersten Tage an

sind und daß gre

räte die Schab

früher vermittel

Die glücklich

Für den Sieg der roten Einheitsliste der Straßenbahner!

Zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus und Lohnraub

Die Belegschaften der Dresdner Straßenbahner haben mit der Vorbereitung der Betriebsräte...



Die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Deshalb keine Stimme der Liste der Saboteure der roten Einheitsfront...

die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Deshalb keine Stimme der Liste der Saboteure der roten Einheitsfront...

Das große Beispiel

Bei den Auseinandersetzungen zur Betriebsrätemahl bei der Dresdner Straßenbahn werden begreiflicherweise die Vorgänge...

Die Dresdner Straßenbahner müssen auch bei den kommenden Wahlen daran denken, mit welcher schändlichen Mitteln die Gewerkschaftsführer immer und immer wieder verlockten den Kampf...

Die Nazis, die zuerst Scheinbar für den Streik Stellung nahmen, haben gleichfalls offen in der Streikbrecherfront...

Der Berliner Verkehrsbereichstreik war der Höhepunkt der Streikwelle, die sich offen gegen die Papenregierung richtete...

In seinem Verlauf hat es sich gezeigt, daß nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Willen und die Kraft hat...

Die Arbeiterklasse in den Kampf um ihre berechtigten Forderungen zu führen. Nur wenn die proletarische Einheitsfront...

Nazipartei gegen die Forderungen der Straßenbahner

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Dresden hat einen Antrag eingebracht, der die Bierglückendewoche...

Als diese Fragen im Rechtsausschuß zur Beratung standen, getreten die Nazis in arge Bedrängnis. Sie mußten offen bekennen...

Die Nazis haben die Forderungen der Straßenbahner zum Kenntnis gebracht werden und besonders den Kollegen, die sich von der...

Den Nazis war es im Rechtsausschuß gar nicht wohl, als sie sich selbst entlarven mußten. Deshalb griffen sie zu den dümmsten Ausreden...

Diese Tatsachen müssen allen Straßenbahner zur Kenntnis gebracht werden und besonders den Kollegen, die sich von der...

Ein jeder Straßenbahner muß begreifen, daß die Nazibetriebszellenorganisation eine Unternehmerrunde ist...

Die Vorgänge in den letzten Wochen beweisen jedem Proleten, daß er in der Nazipartei nichts zu suchen hat...

Keine Stimme der Naziliste. Jeder Straßenbahner nimmt für die rote Einheitsliste.



Als in den Dresdner Betrieben die Welle der proletarischen Einheitsfront gegen das Blutbad im Reglerheim ansetzte...

Als die roten Betriebsräte den Antrag stellten, die Belegschaft vorzuschlagen, am Begrüßungstage einen vierstündigen Proteststreik durchzuführen...

Als in einer Betriebsversammlung im Bahnhof Trachenberge die Arbeiter die Frage des Proteststreikes aufstellten...

So betätigen sich die sozialdemokratischen Betriebsräte als die Handlanger der Gewerkschaftsbürokratie...

Das Kampfprogramm der roten Einheit

Das die Kandidaten der roten Einheitsliste durch den Wahlauschuß verpflichtet wurden, enthält folgende Forderungen:

- 1. Kampf um die Verlängerung der Haltezeiten und um Wahlgelegenheiten an den Endhaltestellen.
2. Für Wiederbeziehung der Regenlage und der früher gewährten Prozentzuschläge.
3. Für die Befestigung des Schiffsystems.
4. Gegen jeden Pfennig Lohnraub, für die Rückeroberung des geraubten Lohnes.
5. Für den Siebenstundentag, die Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich.
6. Gegen die kapitalistische Nationalisierung, für uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht.
7. Für die Verteidigung der Tarifverträge und den Kampf um den kollektiven Tarifvertrag.
8. Gegen den Abbau der sozialen Leistungen, für den Ausbau des Arbeiter- und Angestelltenrechtes, für besonderen Schutz der Frauen.
9. Gegen freiwilligen Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht. In den Arbeitsdienstlagern Kampf um höhere Löhne, für Tariflöhne und besseres Essen.

- 10. Gegen den Vorkurs und die Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.
11. Gegen den Faschismus, den Organisator des Streikbruchs und des Vorkurses.
12. Gegen imperialistische Kriegspolitik und Versailles Diktat, für die Verteidigung der Sowjetunion.
13. Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes.

Streikblock! Eure Gewerkschaftsleitung ist... Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Gemeinde und Verkehr...

Betrügerisches Manöver der Gewerkschaftsführer

Wie vor jeder Wahl, so versuchen auch heute wiederum die Gewerkschaftsführer mit der Unterstützung der sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte Manöver durchzuführen...

Ihrem früheren Standpunkt bestehen. Sie kommen sogar Unterschritten unter den Kollegen, die sich für die Aufrechterhaltung der achtstündigen Arbeitszeit einsetzen sollen.

Die roten Betriebsräte forderten deshalb in Übereinstimmung mit der Belegschaft, daß die Arbeitszeit auf 7 Stunden und 24 Minuten festgelegt wird.

Saboteure der Einheitsfront

Als in den Dresdner Betrieben die Welle der proletarischen Einheitsfront gegen das Blutbad im Reglerheim ansetzte, zeigte sich am deutlichsten, wer die proletarische Einheitsfront wirklich will und wer nur von ihr spricht...

Betriebsräte und Kandidaten!

Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, im RGO-Büro, Steinstraße 15, 2. Betriebsratskollektivversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der Betriebsräte...

Oppositionelle Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, dem 20. Februar, 19.30 Uhr, findet in Dresden, im „Reichsadler“ eine allgemeine Gewerkschaftsfunktionärenversammlung statt in welcher Eggert vom Bundesvorstand des RGO über: „Die Gewerkschaften im Streik...“

und liegen nicht einmal die von den roten Betriebsräten gelebte Urabstimmung über diese Fragen zu.

Diese Stellung nahmen sie noch vor drei Wochen ein. Heute, wo die Reichstagswahl vor der Tür steht und die Betriebsrätewahl in wenigen Wochen durchgeführt wird...

Es ist selbstverständlich, daß sie sich erst gegenüber der Direktion verhielten, daß ihr Eintreten für diese Forderung der roten Betriebsräte für sie nicht unangenehme Konsequenzen zur Folge haben wird.

Die christlichen Betriebsräte bleiben auch heute noch auf...

Zur Reichstagswahl

Die kommenden Reichstagswahlen müssen zu einem wichtigen Appell der antifaschistischen Einheitsfront des deutschen Proletariats gestaltet werden.

Je gewaltiger dieses Kampfbekennnis ist, um so härter wird das Kräftebewußtsein und der Siegeswille der Arbeiterklasse, um so kampfbereiter wird auch die Arbeiterchaft gegenüber den Angriffen des Unternehmers...

Aus diesem Grunde hat jeder Straßenbahner, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin das höchste Interesse daran, daß das Proletariat am 5. März ein Millionenbekenntnis für den gemeinschaftlichen Kampf...

Alle Arbeiterstimmen für die Kommunisten, für Liste 3!

RUND UM DEN ERDBALL

Revolverattentat auf Roosevelt

Der Bürgermeister von Chicago lebensgefährlich verletzt. — Attentäter gefasst. — Ein Italiener

Miami, 16. Februar. Gestern Abend wurden auf den künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Roosevelt, bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Empfang fünf Revolvergeschosse von einem bisher unbekanntem Täter abgefeuert. Der Angreifer zog unerwartet eine Pistole und begann, bevor die Anwesenden irgendwie eingreifen konnten, auf den Präsidenten zu schießen. Der Bürgermeister von Chicago, Cermak, wurde von einer Kugel getroffen. Noch eine mit Namen bis jetzt nicht bekannte Dame und ein Scheimpolizist sollen von Kugeln getroffen worden sein.

Die polizeilichen Behörden vermuten, daß es sich bei dem Attentat tatsächlich um einen Anschlag auf den Bürgermeister Cermak handelte und daß der Täter Keilien der Chicagoer Unterwelt entstammt oder von dieser den Auftrag zur Tat hatte.

Roosevelt sprach von einem Auto, das in nächster Nähe des verwundeten Bürgermeisters stand, sofort einige beruhigende Worte an die Anwesenden und winkte, um zu beweisen, daß er völlig unverletzt sei.

Der Täter stand nur etwa 5 Meter von Roosevelt entfernt, als er die unheilvollen Schüsse abgab. Cermak hatte wenige Augenblicke zuvor zwei Leibwächter, die ihn bis dahin begleitet hatten, fortgeschickt.

Die verletzte Frau war eine Zuschauerin, die einen Regen-schirm durch eine Kugel erhielt. Der verletzte Polizist gehört der Bundespolizei an und wurde durch einen Schuss ins rechte Auge erheblich verletzt.

Der Zustand des verletzten Bürgermeisters Cermak ist besorgniserregend. Neben den bereits verletzten Personen — Polizist George Broadnax und Frau Gill — wird sodann noch die Verletzung von einem Fräulein Margaret Krus aus Miami gemeldet.

Miami, 16. Februar. Wie ergänzend zu melden ist, wurde das Attentat auf Roosevelt in Gegenwart von etwa 50 000 Menschen verübt, die sich bei der Ankunft des zukünftigen Präsidenten eingefunden hatten. Die Schüsse lösten in der riesigen Menschenmenge einen unbeschreiblichen Tumult aus. Während die Geheimpolizisten, die sich in nächster Nähe Roosevelts aufhielten, den Attentäter verhafteten, rief die Menge: „Hängt ihn auf! Schießt ihn nieder!“ Eine Frau, die neben Jigara stand, war geistesgegenwärtig genug, den Arm des Attentäters nach dem fünften Schuss hochzuschlagen, so daß ein letzter sechster Schuss in die Luft ging. Die zunächst aufgetauchte Vermutung, daß der Anschlag dem Bürgermeister Cermak galt, hat sich als falsch erwiesen. Bei der Vernehmung erklärte Jigara, ein schwächlicher blonder Mensch, der italienisch spricht, daß er alle Präsidenten und Polizeibeamten töten wolle. Die Polizei hat inzwischen seine Wohnung durchsucht und eine weibliche Person, die Frau des Attentäters, verhaftet.

Wie sich jetzt herausstellt, sind nicht vier, sondern sechs Personen bei dem Attentat verletzt worden. Der Attentäter gab bei der Vernehmung an, daß er Joe Jigara heißt und aus New

York stammt. Roosevelt erlitten alsbald in dem Hospital, in das die Verletzten geschafft worden waren und besuchte sie. Entgegen seiner Absicht, sofort nach New York weiterzufahren, verbringt er die Nacht auf seiner Yacht. Von den Verletzten hat der Detektiv George Broadnax einen Schuss in das rechte Auge erhalten. Frau Joseph Gill wurde durch einen Schuss in den Magen getroffen. Die anderen drei Verletzten sind Fräulein Margaret Krus, William Sinnott und Russell Caldwell.

Der Attentäter Jigara erklärte, er habe stets die Revolver und

Mächtigen geholt und habe stets gehofft, daß er dieses Mal mehr Glück als vor zehn Jahren habe werde, als er sich in Italien eine Pistole kaufte, um den König Emanuel zu erschließen. Durch einen merkwürdigen Zufall sei aber daselbst wie damals eingetreten, nämlich, daß eine zu dicke Menschenmenge ihn daran gehindert habe, sein Opfer zu töten. Er habe Roosevelt töten wollen, weil er infolge einer Magenoperation an dauernden Schmerzen gelitten habe.

Nach einer Röntgendurchleuchtung wurde der Bürgermeister von Chicago, Cermak, operiert. Frau Gill, die Ehefrau des Präsidenten der Florida-Kraft- und Lichtgesellschaft, mußte gleichfalls operiert werden. Der Zustand der anderen verletzten Personen ist nicht ernst.

Es besteht kein Zweifel, daß dieses Attentat eine Folge der ungeheuren Krise und der letzten Ereignisse ist. Der Banken-zusammenbruch in Michigan, die ungeheure Not der Farmer und wertvollen Wäffen — ein Sturmzeichen aus Amerika.

Aus dem Katastrophengebiet in China

70 000 Menschen sollen in den letzten Tagen in China dem Erdbeben und der Katastrophe zum Opfer gefallen sein.

Unser Bild bietet einen Blick auf das Katastrophengebiet, vom Flugzeug aus gesehen.



Epidemien und wirtschaftliche Not

Arbeiter und Arbeitslose die Opfer der Epidemien

Der Zusammenhang zwischen Epidemien und der wirtschaftlichen Not der Bevölkerung ist von Seiten der Wissenschaft bis in die letzte Zeit hinein immer bestritten worden. Man hat sich in den Kreisen der Epidemiologen mit der Feststellung begnügt, daß irgendeine geheimnisvolle Gesetzmäßigkeit im Ablauf der Seuchenausbrüche abzuwarten sei. In einige ganz schlaue Herren haben versucht, einen Zusammenhang mit der Zahl sieben zu konstruieren. Alle sieben Jahre (manche sagen aber auch alle dreizehn Jahre) wiederholen sich ihrer Meinung nach die großen folgenschweren Epidemien und alle fünfmal leben, also alle 35 Jahre, seien diese Epidemien ganz besonders bösartig.

Allmählich aber bricht sich auch hier die Erkenntnis Bahn, daß die wirtschaftliche Not der Bevölkerung in der Häufigkeit und der Schwere der Infektionskrankheiten liege. So schreibt der Direktor des hiesigen Instituts der Universität Breslau, Professor Karl Fraunh, in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ vom 10. Februar 1933 „Zur Grippeepidemie 1933“:

Wir können heute noch nicht übersehen, wie schwer und wie ausgebreitet die jetzige Epidemie verlaufen wird. Inmitten muß es ausfallen, daß gegenüber der grippeärmsten Vorkriegszeit die letzten Jahre — die Jahre wirtschaftlicher Not — eine auffallende Häufung von Grippeepidemien aufwiesen. . . . Fast der Funken der Infektion in eine Bevölkerung, so findet er überall reich entzündbares Material. . . . Die wichtigsten Schädlichkeiten sind schlechte Wohnung, schlechte Ernährung und ungenügende klimatische Bedingungen. Das Moment der Wohnung kommt von diesem Gesichtspunkt aus besonders in Betracht, obwohl es für die Weiterübertragung der einmal ausgebrochenen Seuche bedeutungslos ist. Er wäre an eine quantitative oder qualitative Unterernährung zu denken, vor allem an Mangel der fettlöslichen Vitamine. . . . Besondere Berücksichtigung erfordern bei der Betrachtung des Grippeproblems die Erwerbslosen. Doch sie einer zufälligen Gefährdung unterliegen, erleiden sie selbstverständlich Mängel der Wohnung, der Ernährung, der Reinigung und des Wärmeschutzes werden noch erschwert durch die feilsche Not, die sich in Verzweiflung oder dumpfer Gleichgültigkeit äußert.“

Der Professor Karl Fraunh sieht daher nicht im Verbot kommunikativer Gefinnung. Aber er sieht als Wert, als Leiter eines großen Gesundheitsinstituts die unerhörten Schädigungen, die die wirtschaftliche Not für die gesamte Bevölkerung darstellt und deshalb fordert er: Es sollte daher verlangt werden, daß wenn und wo besondere Seuchen die Bevölkerung bedrohen, i. B. bei der jetzt in zahlreichen deutschen Städten herrschenden Grippeepidemie, Zulagen von Holz- und Nahrungsmitteln durch Staat oder Gemeinden ausgegeben werden, um in solchen Zeiten erhöhter Gefahr zu verhüten, daß die natürliche Widerstandskraft der Bevölkerung noch weiter abgibt.“

In der Fortsetzung seiner Arbeit über die „Behandlung schädlicher Kinder, unter Berücksichtigung vieler Notstandsgeheimnisse“ schreibt der Direktor der Säuglingsheilstätte Berlin, Sanitätsrat Dr. Julius Klotz in der „Medizinischen Welt“ vom 11. Februar 1933 über die Bedeutung bei der Bekämpfung der wichtigsten kindlichen Schädigungen, die häufig von einer schweren Grippe-

Appetitlosigkeit ausgeht: „Was nützt aber unteren kleinen Schädlingen selbst der kräftigste Hunger, wenn keine ausreichenden Speisen vorhanden sind, was die sorgfältigste Auswahl zweckdienlicher Stärkungsmittel, wenn sie nicht zur Verfügung gestellt werden können oder dürfen? . . . Schließlich darf auf keinen Fall der schwerwiegende Umstand übersehen werden, daß sich die Folgen der letzten Unterernährungszeit, selbst wenn wirklich eine bessere Nahrungsvorsorgung erreicht sein wird, bei den Kindern vieler Bevölkerungsschichten noch lange geltend machen werden. . . . Mit dem Worte sozial wird heute ein unerhörter Mißbrauch getrieben. Alle die, welche sich, wie jeder wahre Arzt, mit vollem Einfluß in den Dienst der Volkswohlfahrt gestellt haben, werden dies am schmerzlichsten empfinden. Wo noch immer Millionen ohne jeden schmerzlichen Vorteil für die Allgemeinheit verschleudert werden, muß ein Kapital aufzubringen sein, das keinem einzelnen, wohl aber dem Staate die höchsten Zinsen bringt und alle geforderten Möglichkeiten für die Behandlung schwächlicher Kinder zu schaffen vermag.“

Sechs Tote in Hindenburg

Hindenburg, 16. Februar. Nach dem im Laufe der Nacht im Mittwochs- und am Mittwoch bis abends um 10 Uhr geborgenen fünf Bergarbeitern, von denen vier verlegt und einer tot aufgefunden wurde, konnte bisher keiner der anderen fünf Verhütteten geborgen werden.

Seitdem sich das Unglück ereignet hat, arbeiten etwa fünfzig Mann in verheißenen Rettungsschlangen ununterbrochen. Es ist ihnen in den heutigen Morgenstunden gelungen, zu drei der noch Verhütteten vorzudringen. Sie konnten auch freigelegt werden, doch hat man sie noch nicht bergen können. Alle drei sind tot. Es wird voraussichtlich bis mittag dauern, bis sie aus der Erde noch umflammernden Gesteinmassen freigemacht werden können. Die noch vermählten zwei Bergleute haben am Mittwochmittag noch Lebenszeichen gegeben. Seit Mittwochabend antwortet man jedoch auf Klopfen nicht mehr, und es muß damit gerechnet werden, daß sie inzwischen gestorben sind. Ihre Bergung wird voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Die St. Pauli-Kirche in San Francisco wurde am Mittwoch durch ein Erdbeben zerstört. Vier anliegende Gebäude brannten ebenfalls nieder. Der Pfarrer der Kirche, der der talifornischen Vorkommission angehört, hatte sich die Feindschaft eines Vorgesetzten zugezogen, so daß man Brandstiftung vermutet.

In Neunkirchen wurden aus den Trümmern wiederum fünf Tote geborgen, so daß die Zahl der Toten jetzt 61 beträgt. Sieben Personen werden noch vermisst.

Im Südrail führten andauernde Regengüsse zu großen Ueberschwemmungen. Hunderte von Viehern wurden nach dem Norden flüchten. Die Tiere sind auf weite Strecken vertrieben. Vieh lag in den Fluten um. Der englische Flugplatz Schandub steht völlig unter Wasser und ist unbrauchbar geworden.

Im roten Blitzlicht

Dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Bergmann, hat — wie der „Amliche Preussische Pressebericht“ meldet — der kommissarische preussische Innenminister Göring das volle Vertrauen ausgesprochen und ihn mit Rücksicht auf seine besonderen Verdienste erklart, die Amtsführung in dem Sinne wie bisher weiterzubehalten. Bergmann hat dies angelobt.

Man sieht: Die Einzelkämpfer sind bereits da. Ein Führer der Nationalsozialisten anerkennt die besonderen Verdienste eines Sozialdemokraten.

5,3 Millionen Gewehrpatronen, 4000 Zentner hochexplosives Sprengstoffe und ungeheure Mengen anderer Munition hat England im Jahre 1932 — einer amtlichen Londoner Meldung zufolge — nach Japan ausgeführt.

Der Krieg im Fernen Osten, die Niederwerfung Hunderttausender Chinesen durch den japanischen Militarismus ist für die europäischen Imperialisten ein glänzendes Geschäft. Das Blut der Hunderttausenden Chinesen wird in blankes Gold umgemünzt. An der Spitze der englischen Regierung steht bekanntlich der langjährige Führer der englischen Sozialdemokratie, MacDonald.

Am Orte Hochdahl bei Wuppertal herrschte große Aufregung. Die Bürger und Behörden wußten nicht aus noch ein. Die Feuerwehr wurde alarmiert, andere Organe traten in Funktion und schließlich . . .

Was war eigentlich geschehen? Nichts bemerkte man auf der Straße eine rotangestrichene Gans mit Sichel und Hammer. Man ist gewöhnt, Gänse für andere Vögel, nur nicht für Kommunisten agieren zu sehen. Freilich, ganz andere Gänse. Diesmal aber handelt es sich um eine tätige Gans.

Rot angestrichen lief die Gans durch die Straßen der Ortschaft und wirkte auf die Bürger wie das rote Tuch auf den Stier. Guter Rat war um so teurer, als alle Bemühungen, die Gans von den Federn der Gans zu entfernen, vergeblich waren.

Schließlich löste man den Entschluß, die Gans abzufackeln und so die aufregende Waise aus der Welt zu schaffen. Man aber geschieht mit den roten Federn? Das ist noch immer ein unlösbares Problem.

Die rumänische Polizei hat im Zusammenhang mit der Verhaftung eines umfangreichen Raubgeldschmuggels mehrere Personen verhaftet, darunter den Hauptstrolcher des Schmuggels, einen gewissen Alex. Leonoff Golstein, der italienischer Staatsangehöriger ist.

Verantwortlich: Alfred Brendel, Berlin

Der End

Die beteiligten . . .

Zu den Genera . . .

Am Lauf haben . . .

178. Hier ist von . . .

Zeltgeleit muß . . .

Zur Beachtung! . . .

Welcher Verein . . .

In der A-Klass . . .

Beizahl 1-02 . . .

DES 10 1-Dr . . .

Ottendorf 1-1 . . .

Janderode 1-2 . . .

Weihen 1-3 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

BSN 01 1-1 . . .

Cotta 32 1-1 . . .

Freiberg 1-1 . . .

Habeburg 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

Herzschritt 1-1 . . .

